

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 18. September 2023
Kantonsratspräsidentin Schmutz Judith

M 962 Motion Piazza Daniel und Mit. über einen Planungsbericht zur kantonalen indirekten Medienförderung / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement i. V. mit Staatskanzlei

Der Regierungsrat und Willi Knecht beantragen Ablehnung.
Daniel Piazza hält an seiner Motion fest.

Daniel Piazza: Unabhängige Medien sind die Voraussetzung für das Funktionieren einer demokratischen und vielfältigen Gesellschaft. Medien sind für die Meinungsbildung und letztlich auch für die Identifikation mit unserem Wohnort und unserem Kanton von zentraler Bedeutung. Wichtig ist mir zu sagen, dass das nationale Mediengesetz, welches 2022 abgelehnt wurde, eine direkte Medienförderung wollte. Da waren wir stets dagegen gewesen und sind es auch weiterhin. Die Trennung zwischen Staat und Medien ist elementar. Das ist genau die Idee der indirekten Medienförderung. Sie will Rahmenbedingungen verbessern und jene Kräfte stärken, welche den Medienplatz Luzern und Zentralschweiz fördern, und dies in voller Wahrung der Trennung von Staat und Medien. Sie soll von Medium und Geschäftsmodell unabhängig sein und weder den Wettbewerb verzerren noch falsche Anreize setzen, denn auch in der Zentralschweiz hilft es in allen Bereichen den Medien nicht mehr, dass Sie und ich Abonnemente haben. Die Medien können sich nicht über Abonnemente finanzieren, sondern es sind Inserate nötig. Diese wandern aber mehr und mehr zu multinationalen Plattformen ab und machen unseren regionalen Medien das Finanzieren schwer. Auf die Bundesebene können wir wenig Hoffnung setzen, die Diskussion harzt, man spricht über andere Themen wie zum Beispiel den Presserat mehr zu unterstützen oder Teilbereiche wie Radio- und TV-Sender. Das sind mit Blick in die Zukunft nicht die spezifischen Herausforderungen unseres Kantons beziehungsweise der Zentralschweiz. Wir glauben, dass es mittels eines Planungsberichtes eine saubere Auslegeordnung für unseren Lebens- und Wirtschaftsraum braucht. Dieser hat Prüfcharakter. Die Wichtigkeit und die Flughöhe der Thematik rechtfertigen einen prüfenden Planungsbericht. Vor diesem Hintergrund bitte ich Sie: Ermöglichen Sie diese kantonale und zentralschweizerische Prüfung der Ausgangslage und lassen sie uns den Prozess anstossen, den Weg freizumachen und Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Private zusammenfinden und sich hier engagieren. Initiativen wie die des Pilotprojektes «Luzerner Kulturmedienförderung» sind miteinander zu verknüpfen und zu stärken. Wir vergeben uns nichts. Wenn wir sehenden Auges die Entwicklungen begleiten, sinkt die Wahrscheinlichkeit, dass wir uns künftig nicht wie auch schon in der Vergangenheit die Augen reiben, wenn in Luzern wieder ein Medienhaus weniger arbeitet oder die Konzentration weiter zu- und die Vielfalt weiter abnimmt. Ein

Wegschauen zum jetzigen Zeitpunkt führt dazu, dass wir keinen Plan haben. Wenn wir keinen Plan haben, bedeutet dies von vornherein eine Niederlage. Besser würde es auf diesem Weg sicherlich nicht. Allein schon aufgrund der Einreichung dieses Vorstosses haben sich zwei Organisationen bei mir gemeldet, die sich gerne – übrigens auch mit finanziellen Mitteln – für bessere Rahmenbedingungen für die regionalen Medien auch in unserer Region einsetzen. Die eine ist eine Stiftung, welche die demokratischen Kompetenzen in den Regionen stärken will, die andere ist ein Verein, der allein im ersten Jahr seines Bestehens ohne inhaltliche Bedingungen rund 160 000 Franken an regionale Recherchen und Reportagen gesprochen hat. Solche Initiativen dürfen gerne in diesen Planungsbericht aufgenommen werden. Sehr gerne darf der Kanton darauf verzichten, selber finanzielle Mittel einzubringen. Um das geht es nicht. Wie in der Motion beschrieben, sollen kantonale oder zentralschweizerisch angeregte Lösungsmöglichkeiten und Ansätze geprüft werden, dies gerne so einfach, aber so effizient wie möglich. Ich bitte Sie deshalb, dem Regierungsrat den Prüfauftrag zu erteilen, damit er die Medienvielfalt für die Zukunft stärken kann. Die Dringlichkeit ist für unsere Region hoch. Ich bitte Sie, meiner Motion zuzustimmen.

Willi Knecht: Die Regierung begründet die Ablehnung der Motion sehr gut, deshalb folgt ihr die SVP-Fraktion und lehnt den geforderten Planungsbericht ab. Der Motionär wünscht bei den Medien mehr Unabhängigkeit und Vielfalt. Dagegen ist grundsätzlich nichts einzuwenden. Auch wir kritisieren den zunehmenden Einheitsbrei der Medien immer wieder. Aus Sicht der SVP-Fraktion ist dieser Einheitsbrei auch mehrheitlich linkslastig geprägt. Die Lösungsansätze des Motionärs beurteilen wir aber nicht als zielführend, sondern eher als kontraproduktiv. Unabhängigkeit und Vielfalt der Medien funktionieren ähnlich wie Demokratie. Sie müssen von unten wachsen und können nicht von oben diktiert werden. Für uns ist die Stellungnahme der Regierung schlüssig, nachvollziehbar und mehr als überzeugend. Die Regierung hat für ihre Stellungnahme ein grosses Lob verdient. Gerne zitiere ich den nachfolgenden Satz aus der Stellungnahme: «Wir geben jedoch zu bedenken, dass staatliche Eingriffe – trotz grossen finanziellen Anstrengungen – oftmals nicht die beabsichtigte Wirkung erzielen [...]» Ich bin der Meinung und überzeugt, dass der Kanton Luzern eine goldene Zukunft vor sich hätte, wenn sich unser Rat dieses Zitat hinter die Ohren schreiben würde.

Simon Howald: In unserer Fraktion wurde dieser Vorstoss kontrovers diskutiert. Auf der einen Seite haben die Schweizer Stimmberechtigten vor anderthalb Jahren zu einer zusätzlichen Unterstützung des Mediensystems Nein gesagt. Auch in der Kantonsverfassung gibt es keinen Auftrag in Sachen Medienpolitik, der eine Unterstützung legitimieren würde. Aus Sicht der GLP-Fraktion könnte eine finanzielle Unterstützung der Medien durch den Kanton in eine redaktionelle Abhängigkeit führen. Auf der anderen Seite scheinen uns unabhängige Medien für eine funktionierende, stabile Demokratie essenziell. Das Ziel ist, mit fundierten Medienberichten die verschiedenen Positionen und Meinungen transparent aufzuzeigen. Aus unserer Sicht ist die Medienvielfalt in den letzten Jahrzehnten zurückgegangen. Erinnern wir uns beispielsweise an die drei regionalen Zeitungen «Luzerner Neuste Nachrichten», «Vaterland» und «Luzerner Tagblatt». Heute begnügen wir uns mit der «Luzerner Zeitung». Da die GLP-Fraktion die regionale Berichterstattung für den Kanton Luzern und die Zentralschweiz als wichtig erachtet, unterstützen wir die Erstellung eines Planungsberichtes zur kantonalen indirekten Medienförderung. Wir regen jedoch an, den Umfang des Berichtes im Rahmen zu halten, um die personellen Ressourcen der kantonalen Verwaltung nicht überzustrapazieren.

Rahel Estermann: Es gibt ja kaum etwas Schwierigeres, als über Medienpolitik zu diskutieren. Der Leidensdruck ist selten unmittelbar, und wenn die Qualität der medialen

Berichterstattung abnimmt, merkt man das nicht sofort, sondern es ist ein schleichender Prozess. Gleichzeitig gilt auch das Gegenteil. Wenn man Medien mittels Förderung stärkt, bemerkt man einen allfälligen Erfolg auch nicht sofort. Es ist wie bei der Prävention im Gesundheitswesen: Eine gute Prävention sorgt nicht für Schlagzeilen. Das nennt man das Präventionsparadox. Paradox ist es, weil man den Erfolg nicht unmittelbar sieht und deshalb im Voraus auch keinen Sinn darin sieht. Die Rolle der Medien ist sehr abstrakt. Ich finde es wichtig, dass wir uns dessen bewusst sind. Wenn wir jetzt etwas Gutes tun, passiert vielleicht nichts Schlechtes, aber das können wir nicht sofort wissen. Zudem diskutieren wir auf einer sehr abstrakten Ebene. Unser Kanton ist grundsätzlich ein stolzer Kanton. Wir sind stolz auf seine wirtschaftliche Entwicklung und auf die vielen Menschen, die sich politisch und gesellschaftlich engagieren. Mit unseren vielen attraktiven Institutionen wollen wir das Zentrum der Innerschweiz sein: mit Unternehmen, mit Politik, mit Sport, mit Kultur – im Grossen wie im Kleinen –, in den Dörfern und in der Stadt, professionell und nach dem Miliz-Prinzip. Zu dieser intakten und lebendigen Gesellschaft gehört ein starker Medienplatz. Damit sind nicht nur die grossen Medien, sondern auch die kleinen gemeint, die über Regionen oder einzelne Dörfer berichten. Daniel Piazza hat viele Gründe genannt, die dafür sprechen, warum sich der Kanton gerade jetzt Überlegungen machen sollte, wie der starke Medienplatz gesichert werden und welche Rolle er dabei allenfalls einnehmen kann. Ich hätte schon Vorstellungen zur Medienpolitik, würde mich aber auch freuen, wenn der Kanton eine Auslegeordnung vornimmt, um die Chancen und Gefahren zu erkennen. In einem sind wir uns einig: Der Markt, um Informationen zu verkaufen, und seine Finanzierung funktionieren nicht mehr. Deshalb müssen wir uns als Gesellschaft überlegen, wie es weitergehen soll. Es braucht deshalb eine Auslegeordnung. Ich stimme deshalb der Erheblicherklärung zu. Die Kantone St. Gallen, Bern und Waadt haben übrigens eine ähnliche Auslegeordnung vorgenommen und sehr gute Erfahrungen gemacht. Es liegen aber noch keine konkreten Lösungen vor, sondern es ist noch im Tun. Ich finde, dass wir uns mit diesen Kantonen vergleichen sollten. Es sind Kantone mit einer wichtigen Funktion und einer wichtigen Rolle in der Schweiz. Das will der Kanton Luzern auch sein. Noch funktioniert der Medienplatz in Luzern einigermaßen, auch wenn die Vielfalt in den letzten 20 bis 30 Jahren drastisch abgenommen hat. Warten wir also nicht zu lange. «Gouverner, c'est prévoir», also handeln auch wir vorausschauend. Die Grüne Fraktion stimmt der Erheblicherklärung zu.

Eva Forster: Für die FDP-Fraktion ist eine starke, regionale und lokale Medienlandschaft absolut zentral für unsere Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir sehen die grosse Herausforderung dieser Branche. Aus liberaler Sicht müssen die Unabhängigkeit der Medienhäuser und somit eine unabhängige Berichterstattung gewährleistet sein. Mit einem möglichen Eingriff und staatlichen Massnahmen durch den Kanton ist das nicht mehr vollständig gewährleistet. Wir wollen privatwirtschaftlich organisierte, regionale und lokale Medien. Nur weil das überladene Bundesgesetz mit dem Massnahmenpaket zu den Medien im Februar 2022 abgelehnt wurde – unter anderem auch von den regionalen und lokalen Medienhäusern –, ist es nicht einfach plötzlich Aufgabe des Kantons, handeln zu müssen. Die FDP-Fraktion lehnt die Motion deshalb ab.

Anja Meier: Das Mediengesetz wurde zwar mit 55 Prozent Neinstimmen abgelehnt, aber die Stimmberechtigten haben nicht grundsätzlich Nein zu den Massnahmen zur Sicherung der Medienvielfalt gesagt, sondern zu einer bestimmten Form davon. Die vorliegende Motion nimmt diesen Ball auf und fokussiert sich auf die indirekte Medienförderung. Es geht nicht um die direkte Finanzierung von konkreten publizistischen Leistungen via Konzession, sondern um das Schaffen guter Rahmenbedingungen, damit qualitativ hochwertige, publizistische Leistungen erbracht werden können. Die Regierung verweist in ihrer

Stellungnahme auf Antworten aus anderen Vorstössen. Wir finden die Ausführungen der Regierungen doch etwas mager. Mit einer tiefen administrativen Belastung oder einem zentralen Standort des Medienausbildungszentrums (MAZ) ist es aus unserer Sicht noch nicht getan. Die Regierung verkennt leider den Ernst der Lage. Laut ihrer Stellungnahme gibt es im Kanton Luzern nach wie vor ein breit gefächertes Angebot an politischer Berichterstattung. Der Aderlass geht aber weiter, Titel verschwinden, oder sie flüchten unter den Schutzschirm von grösseren Verlagen. Dadurch nimmt auch die regionale Berichterstattung ab. Der Kanton möchte höchstens reaktiv tätig werden, was auch aus unserer Sicht von wenig Weitsicht zeugt. Die Medien sind kein gewöhnliches Konsumgut wie eine neue Kaffeetasse oder ein neues Turnschuhmodell. Vielfältige und qualitativ hochstehende Medien sind eine Grundvoraussetzung für eine informierte Öffentlichkeit und eine funktionierende Demokratie. Wir hätten uns deshalb von der Regierung etwas weniger BWL- und Wirtschaftsförderungsargumentation gewünscht und stattdessen ein stärkeres staatspolitisches Bewusstsein für die wichtige Rolle der Medien. So könnte ein Planungsbericht Massnahmen zur Förderung von Angeboten aufzeigen, welche auf diese veränderte Mediennutzung abzielen und eine grössere Dynamik auf dem Markt auslösen. Die anderen Kantone gehen mit spannenden Modellen voran, gerade die Westschweizer Kantone. Eine zu grosse Nähe zwischen Politik und Medien ist heikel. Es gibt aber Massnahmen zur Stärkung des Medienplatzes, die genau dieses Risiko minimieren. Wenn Luzern weiterhin untätig bleibt, wird sich die bedenkliche Tendenz noch verstärken. Die Palette von Fakten und Meinungen wird kleiner, und Titel werden zunehmend aufgekauft. Dadurch verstärkt sich auch die Bildung von Filterblasen. Das alles möchte die SP-Fraktion nicht. Wir wollen eine starke und vielfältige Medienlandschaft. Wir stimmen der Erheblicherklärung zu.

Rahel Estermann: Die Branche funktioniert nicht einfach von selbst, sondern sie erhält indirekt staatliche Unterstützung. Wir unterstützen die Herstellung von Papier und die Postzustellung. Das ist definitiv keine zukunftssträchtige Struktur, die angepasst werden sollte. Aber wenn man nichts verändern will, geht das auch nicht. Die Branche hat das Mediengesetz sehr wohl unterstützt, denn sie schreit schon lange nach Hilfe. Deshalb kann man nicht sagen, dass der Bedarf seitens der Branche nicht ausgewiesen ist.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Ich bitte Sie, die Motion abzulehnen. Es gibt klare staatspolitische und verfassungsmässige Aufgabenteilungen. Die Medienförderung liegt beim Bund. Wir stützen uns auf gute Rahmenbedingungen für die ganze Wirtschaft und möchten nicht Einzelnen besonders gute oder andere Rahmenbedingungen geben, sondern wir sind für eine Gleichbehandlung. Eine unabhängige und vielfältige Medienlandschaft ist für unsere Demokratie unverzichtbar, denn sie trägt zur politischen Wissensbildung bei. Medien sorgen für Meinungsvielfalt und bilden in unserem demokratischen System die kritische Stimme. Sie bilden auch verschiedene Stimmen aus verschiedenen Perspektiven ab. Das ist wichtig, um sich eine Meinung bilden zu können. Im Kanton Luzern ist nach wie vor eine regionale, gut ausgewogene Berichterstattung vorhanden, wenn auch nicht in allen Regionen in gleichem Mass. Ich meine damit die kleinere Regionalpresse. Die eigentliche finanzielle Medienförderung liegt klar beim Bund. Eingenommene Empfangsgebühren werden als Fördergelder an die Radio- und Fernsehstationen ausgeschüttet. Die gedruckten Medien werden mit Rabatten bei der Postzustellung und durch einen reduzierten Mehrwertsteuersatz unterstützt. Es ist wohl allen klar, dass ein Eingriff nur auf einem Kantonsgebiet nicht sinnvoll wäre. 2022 haben die Stimmberechtigten eine zusätzliche Unterstützung des Mediensystems abgelehnt. Die Luzerner Regierung war offen dafür. Insbesondere die jüngeren Generationen

sprachen sich gegen diese erweiterte Forderung aus. Der Medienmarkt befindet sich seit Jahren im Wandel. Immer wieder erscheinen neue Angebote und Plattformen. Diese Transformation ist nicht einfach für die bestehenden Unternehmen, und vieles verändert sich. Einzelne Eingriffe nur in den Luzerner Medienmarkt erachten wir als nicht zielführend. Es soll keine medienpolitische Insellösung geschaffen werden. Wir sind überzeugt, dass es Lösungen auf Bundesebene braucht. So soll die ganze Medienförderung inklusive der nichtmonetären Förderung Bundessache bleiben, da in der Schweiz die Demokratie auf nationaler Basis gilt. Unser Rat lehnt deshalb die Erweiterung der kantonalen Medienförderung ab. Konsequenterweise sprechen wir uns deshalb auch gegen einen aufwendigen Planungsbericht aus. Die GLP-Fraktion hat von einem schmalen Planungsbericht gesprochen. Aber auch in diesem Fall muss eine Vernehmlassung erfolgen, und wir benötigen eine Projektsteuerung und Organisationsstrukturen. Es wäre keine gute Lösung, wenn wir einfach selber einen Planungsbericht verfassen, ohne jemanden mit einzubeziehen. Der Grundaufwand für einen Planungsbericht ist also in jedem Fall vorhanden. Es wäre daher schwierig, einen schmalen Planungsbericht zu verfassen, der trotzdem Anklang findet. In der nächsten Session werden Sie den Aufgaben- und Finanzplan (AFP) beraten, bei dem es auch um die Priorisierung der Ressourcen geht. Ich bitte Sie deshalb zu bedenken, dass der geforderte Planungsbericht wieder zusätzliche Ressourcen bedingen würde.

Der Rat lehnt die Motion mit 59 zu 41 Stimmen ab.